

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 7.00, vierteljährlich 21.00 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 22.50 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 1 Mk., auswärts 1,20 Mk., Reklamezeilen Mk. 3.00, bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 291

Februar 179

Wildbad, Montag den 12. Dezember 1921

Februar 179

55 Jahrgang

## Tagespiegel.

Zum Volschaster in Rom ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Freiherr von Neurath, in Aussicht genommen.

Wie die „D. Allg. Ztg.“ erfährt, hat die Bank von England in einem Gutachten an den Schatzsekretär Horne eine langfristige Anleihe an England abgelehnt. Wenn die Reichsregierung genügende Sicherheiten und Bürgschaften aufzubringen vermöge, könnten Darlehen auf kurze Frist gewährt werden, die nach jeweiliger Einlösung erneuert und erhöht werden könnten. Deutschland müsse seine Anleihe so zu steigern trachten, daß es die Anleihen aus diesen Einnahmen ohne Gefahr bezahlen könne. So könnten die Reichsfinanzen langsam gebessert werden, was sprunghaften Veränderungen der Wechselkurse vorzuziehen sei. Bei letzteren werde stets Europa in Mitleidenschaft gezogen, wodurch immer neue Schwierigkeiten sich ergeben.

Die Londoner „Wall Mall Gazette“ zufolge beabsichtigt Lloyd George eine neue politische Partei zu gründen, die sich aus Konservativen, Unionisten und Liberalen der jetzigen Koalitionsmehrheit zusammensetzen soll.

## Vor dem Umschwung?

Von besonderer Seite wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben:

Vier Jahre dauerte der Krieg der Waffen. Seit mehr als drei Jahren ruhen die Waffen, aber der Krieg geht weiter, und es ist nicht abzusehen, wann der Grundstein für den wahren Frieden Europas und der Welt gelegt werden wird. An den Frieden von Versailles glaubt im Grund kein Mensch mehr in der Welt. Seine verheerenden Wirkungen sind zu offensichtlich geworden; er ist das größte Verbrechen dieser Menschheit.

Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir als Staat und Volk verloren wären, wenn wir um hundert Jahre früher lebten. In einer Zeit, in der es keine Weltwirtschaft, keinen Weltmarkt und Weltverkehr gegeben hat, verfiel es wenig, wenn ein Land von der politischen Landkarte gestrichen wurde. Und wer hätte Frankreich in den Arm fallen lassen, wenn nicht weltpolitische und weltwirtschaftliche Kräfte ein Auslöschen des Lausens Reichs verhindert hätten! Vor dem Untergang schützt uns die unlösliche Verflochtenheit des Wirtschaftslebens der großen Völker der Erde. Sie ist schließlich doch stärker als die Herrschsucht und der Haß, die heute mit ihr im Kampfe liegen. Europa ist infolge des Krieges schwer krank. Der deutsch wirtschaftliche Niedergang in Verein mit dem Zusammenbruch Österreichs, des Balkans und vor allem Russlands reißt alle andern Länder langsam aber sicher auf die absteigende Bahn. Diese Tatsache ist unsere Rettung. In England sieht man es klar, in Frankreich wird man es lernen, in Italien und Amerika weiß man, daß die Wirtschaft Europas in gemeinsamer Anstrengung, ausgehend von der deutschen Wiederaufrichtung, in Ordnung gebracht werden muß, wenn in der Welt der Fortschritt der Völker und der Menschheit wieder beginnen soll.

Die Erkenntnis beginnt zu wachsen. Wir glauben zu wissen, daß schon länger zurück im Schoß der Wiederverhandlungskommission starke Strömungen sich geltend machen zu einer vernünftigen Behandlung der Entschädigungsfrage. Zum Handeln ist es unter dem Eindruck der deutschen Kabinettskrise, der Langsamkeit der deutschen Industrie-Kreditierung und gegenüber dem französischen Widerstand zunächst nicht gekommen. Die Verhandlungen des Ausschusses in Berlin sind zunächst im Sande verlaufen. Man sah sich gegenseitig und wagte es nicht, sich die Wahrheit zu sagen. Dieses Spiel muß einmal ein Ende haben. Unwiderrprochen ging die Meldung einige Tage durch die Blätter, daß Sir John Bradbury einen Zahlungsausschuß beim englischen Kabinett zur Erörterung gestellt habe. Eine Welle der Hoffnungen ging durch Deutschland und die Welt. In Frankreich hatte man die Sprache verloren, und man schien sich schon einstellen zu wollen auf eine sachliche Aussprache über die Forderungen der deutschen Zahlungspflichtigen. Ständlich erwartete man den Antrag der deutschen Reichsregierung auf Ausnahme amtlicher

Verhandlungen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Tagelang war die Lage rein für das offene Vernehmen und die Tat. Nichts erfolgte. Inzwischen hat die Wiederverhandlungskommission, dem alten Altenlauf folgend, die bekannte scharfe Note an die deutsche Regierung gerichtet, die auf der Zahlung der nächsten beiden Raten besteht unter dem Hinweis, daß es weniger wirtschaftliche Schwierigkeiten als eine schlechte Finanzwirtschaft seien, mit denen Deutschland zurzeit zu kämpfen habe.

Wir vermögen nicht in die Geheimnisse der Absichten der Reichsregierung einzudringen und erblicken in ihrer Haltung nur die folgerichtige Durchführung der Erfüllungspolitik des Reichskanzlers, der die letzten Kräfte der deutschen Wirtschaft zusammenfassen will, um den übernommenen Verpflichtungen von Fall zu Fall zu genügen, bis der Tag kommt, an dem unsere Gegner von sich aus uns ein Halt entgegenrufen und neue Wege suchen. Ich fürchte, daß wir noch lange warten müssen, bis zu diesem Tag und daß diese Politik nicht zum Ziel führt und nicht die Verhältnisse meistert. Wir haben nicht viel Zeit mehr zu verlieren, und die schweren Zustände des deutschen Wirtschaftslebens mahnen zur Tat. Es geht in diesen Wochen wirklich um unser Schicksal. Die Politik der Erfüllung muß nunmehr endlich offen und klar auf die Grundlage der Wirklichkeit gestellt werden.

## Zwischen Teuerung und Arbeitslosigkeit.

Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor. Die Teuerung bricht stärker und härter. Bessert sich unser Geldwert und nähigen sich dadurch im Zustand die Warenpreise, so bringt das Wiederaufsteigen des Marktwertes eine Erschwerung des Abfahes im Ausland mit sich und dadurch Industrieskrisis in Deutschland, also Arbeitslosigkeit mit allen ihren bösen Begleiterscheinungen.

Deutschland sieht sich also zurzeit vor zwei furchtbaren Zukunftsmöglichkeiten gestellt; entweder vor dem Anhalten und Stärkerwerden der Teuerung und gleichzeitiges Andauern einer scheinbaren Hochkonjunktur, oder vor einer Besserung des Geldes, Ermäßigung der Preise und gleichzeitige Wirtschaftskrisis mit Arbeitslosigkeit. Die erste Möglichkeit führt trotz der starken Beschäftigung der mit Au tragen überhäuftsten Industrie, der starken Nachfrage nach Arbeitskräften, verbunden mit Bewilligung vor immer höheren Nominal-Löhnen, schließlich doch nur zum allgem. Ruin. Diese Hochkonjunktur ist das hochgradig: Fieber eines todkranken Wirtschaftskörpers. Die zweite Möglichkeit bedeutet Wirtschaftskrisis, das heißt Stoden des Abfahes und der Produktion, verminderte Nachfrage nach Arbeitskräften, stellenweise ausgedehnte Arbeitslosigkeit. Aber das alles kann und muß zu ertragen sein als ein Uebergang zu wieder besseren Verhältnissen, als eine mit unvermeidlichen Störungen verknüpfte Uebergangszeit, bis sich Erzeugung und Verbrauch wieder auf ihr gesundes Verhältnis eingestellt haben.

Wie die Dinge der Weltpolitik in der nächsten Zeit auch laufen mögen, auf jeden Fall wird das deutsche Volk zunächst einmal schwer zu ringen haben. Auf dem Boden allgemeiner Not und Drangal plegt der Uebermut der Auswiegler zu gedeihen. Daher die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die Desjentlichkeit von Vorfällen, die als Merkmale unterirdischer Wählerarbeit gelten können, Bemerkung nimmt. Es ist gut, wenn das ordnungsliebende Volk in dieser Hinsicht auf der Hut ist; es ist nötig, daß die Regierung wachsam bleibt; es wäre jedoch unangenehm, die Sorge zu unberechtigter Angstlichkeit ausarten zu lassen. Die innere Sicherheit des Deutschen Reichs steht heute doch wieder auf festem Füßen.

## Prozeß Jagow und Genossen.

Leipzig, 11. Dez. Bei der Zeugenvernehmung im Prozeß gegen Jagow und Gen. wegen Beteiligung am Kapp-Putsch vom 13. März 1920 erscheint am Freitag als Zeuge General Ludendorff. Er erklärt, er habe Kapp im Osten kennen gelernt. Mit Schnitzler sei er nach dem Krieg durch Oberst Bauer bekannt geworden. Als er von der geplanten Abtrennung Ostpreußens erfuhr, habe er dies wie einen Schlag ins Gesicht empfunden. Schnitzler sei etwas phantastisch veranlagt gewesen. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrags sei von einer Dreimännerregierung Roske, Schnitzler und Stegerwald gesprochen worden. Zu dieser Zeit kam die bolschewistische Gefahr und für Ost-

preußen die polnische Gefahr hinzu. Die deutschen Truppen waren noch im Baltikum. Kapp sprach von der Abwehr des Bolschewismus. Freikorps fanden bei der damaligen Reichsregierung nicht die nötige Beachtung. Am 30. November 1919 habe er mit Kapp über die Bildung von Einwohnerwehren gesprochen. Die bolschewistische Gefahr sei im Januar 1920 ernst geworden und er (Ludendorff) habe sich mit Kapp in dem Gedanken getroffen, sie abzuwenden. Vom Rhein sei dann die Bildung einer Roten Armee gemeldet worden. Am 11. März sei General Lüttich beurlaubt und ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden. Aus der Zeitung habe er (Ludendorff) erfahren, daß die Brigade Erhardt in Berlin einrücken werde. Als am 13. März 1920 der Einmarsch erfolgte, sei der Generalfreiw. erklärt worden. Darin habe er eine große Gefahr gesehen. Am Sonntag sei er telefonisch in die Reichskanzlei gerufen worden, wo unter Kapp eine Sitzung stattfand, die aber nicht als eine Kabinetts-Sitzung angesprochen werden konnte, da immer durcheinander gesprochen wurde. Am Dienstag war wieder großes Durcheinander in der Reichskanzlei. Kapp legte sein Amt nieder, wogegen nur Jagow sprach; auch Lüttich trat zurück.

Einen Brief des Herrn von Dewitz, worin dieser auf die — damals wohl nicht bestehende — kommunistische Gefahr hinwies und die Möglichkeit des Eingreifens Ludendorffs wünschte, hat Ludendorff nicht erhalten. In einem Brief vom 17. März an Ludendorff, der verloren ist, ist gesagt, Ludendorff habe von den Vorbereitungen für den Kapp-Putsch gewußt und er (Ludendorff) werde die Teilnehmer hoffentlich nicht im Stich lassen. Ludendorff erklärt, daß er auch diesen Brief, der von den bekannten Agenten Trebitsch Lincoln aus Ungarn herrührt (der wegen Unterschlagungen u. a. B. später in London verurteilt wurde) nicht erhalten habe.

Auf eine Frage des Gerichtspräsidenten erklärt Ludendorff, er habe am 13. März auf alle Fälle ein Blutvergießen verhüten wollen. Am 15. März habe er die Ansicht gehabt, daß die Truppen nicht hinter den Führern stehen und daß ein Kampf gegen die Truppen drohe.

Direktor des pommerischen Landbunds v. Dewitz befundet: Unsere Bestrebungen gingen dahin, gegen einen bolschewistischen Angriff eine Abwehr zu treffen. Damit diese Abwehr nicht als Putsch ausgelegt werde, habe er an Ludendorff geschrieben. Die Ansicht der älteren Offiziere ging dahin, daß sie sich in politische Dinge nicht einmischen so ten.

Ludendorff und v. Dewitz werden nachträglich verurteilt.

## Neues vom Tage.

Keine Reichsvisitation der bayerischen Strafanstalten.

Berlin, 11. Dez. Im Reichstagsausschuß für die Untersuchung der Strafanstalten erklärte der bayerische Gesandte v. Preger, die vom Ausschuß für beschlossene Ausdehnung der Untersuchung des Ausschusses auf Bayern sei rechtlich unzulässig, eine Anfrage siehe nur der Reichsregierung zu. Der Ausschuß beschloß darauf, seinen früheren Beschluß zurückzunehmen.

Für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge.

Berlin, 11. Dez. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, mit den andern bürgerlichen Parteien Fühlung zu nehmen, um sofort nach Wiederzusammentritt des Reichstags den Antrag auf Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge für den Handel und für Uebersee wieder einzubringen.

Herabsetzung der Anzeigensteuer.

Berlin, 11. Dez. Der Steuerauschuß des Reichstags hat die Aufhebung der Inseratensteuer gegen die Stimmen der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Gemäß einem Antrag Dergt (Deutschnatl.) wurde folgende Fassung der Par. 27 beschlossen: Die Steuer für die Uebernahme von Anzeigen ermäßigt sich bei Zeitungen und Zeitungsverlagen von den ersten 200 000 Mk. des vereinbarten Entgelts auf 1 v. H., von den nächsten 200 000 Mk. auf 1 1/2 v. H., von den nächsten 200 000 Mk. auf 2 v. H., von den nächsten 200 000 Mk. auf 2 1/2 v. H.,

von den nächsten 200 000 Mk. auf 3 v. H., von den nächsten 100 000 Mk. auf 3½ v. H. und von den darüber hinausgehenden Beträgen auf 4 v. H.

#### Neu dem besetzten Gebiet.

**Soderheim a. d. Nahe, 11. Dez.** Im Wohnhofsarsenal beschäftigten anscheinend angetrunkene französische Soldaten in zudringlichster Weise Frauen und Mädchen, die sie schließlich mit dem Seitengewehr bedrohten. Als die Leute flüchten wollten, hielt ihnen einer der Soldaten an der Türe die Waffe vor. In heller Angst stürzte die Menge nach den Fenstern, schlug die Scheiben ein und sprang hinaus, wobei sich verschiedene Personen Verletzungen zuzogen. Dann rissen die Soldaten die Gepäckstücke der Reisenden auf und warfen deren Inhalt auf den Boden des Warteraums. Erst kurz vor Einlaufen des Zugs konnten die Eigentümer ihre Habseligkeiten wieder zusammenkrassen.

#### Der Fall Smeets.

**Köln, 11. Dez.** Einer der Hauptaufwiegler zur Los-trennung des Rheinlands vom Reich, Redakteur Josef Smeets in Köln, sollte vor einigen Tagen als Angeklagter vor einem deutschen Gericht erscheinen, er kam aber nicht und wurde mit Zustimmung des englischen Kommissars verhaftet. Die französische Regierung verlangte die sofortige Haftentlassung, die darauf von der Rheinlandskommission angeordnet wurde. Nun hat das Bürgergericht in Köln unter Protest gegen den widerrechtlichen Eingriff in die deutsche Rechtspflege seine Tätigkeit eingestellt. In ähnlicher Weise hatte die Besatzungsbehörde schon wiederholt in Verfahren des Bürgergerichts eingegriffen, wenn es sich um Strafsfälle von Ausländern handelte. Proteste waren stets unbeachtet geblieben.

Eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei, die von über 3000 Personen besucht war, hat gegen die Machenschaften der Sonderländer Einspruch erhoben und das Ausland, besonders Frankreich und Belgien gewarnt, den Einflüsterern einflussloser Menschen Gehör zu schenken.

Ueber den Lebenslauf des Joseph Smeets teilt die „Köln. Ztg.“ mit: Smeets ist 1893 in Aachen geboren, heute also etwas über 28 Jahre alt. Eine höhere Schulbildung besitzt Smeets nicht. Während des Kriegs war er als Sanitätsfeldwebel eingezogen, wurde bei Ausbruch der Revolution Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und als einer der zehn Soldatenvertreter in den Kölner Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Er wurde nur zu Botengängen und ähnlichen Diensten verwandt. Er wechselte dann seine Partei und trat zu den Unabhängigen über, von denen er aber, als er im Jahr 1919 seinen Namen als Verleger und Redakteur der „Rheinischen Republik“ hergab und sich als Strohmann an die Spitze der Loslösungsbewegung stellen ließ, ausgeschlossen wurde. Smeets ist nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Artikel selbst zu schreiben.

**Berlin, 11. Dez.** Das Auswärtige Amt hat bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel gegen die von der Rheinlandskommission verfügte Haftentlassung des Redakteurs Smeets Einspruch erhoben.

#### Waffenfund.

**Düsseldorf, 11. Dez.** In einer hiesigen Kaserne, die gegenwärtig von französischen Truppen besetzt ist, wurden, unter dem Fußboden versteckt, 2 schwere und 6 leichte Maschinengewehre, 147 Gewehre und 30 000 Patronen gefunden und beschlagnahmt. Die Waffen waren nach dem letzten Kommunenaufstand von den Noten in der Kaserne verborgen worden.

#### Neues englisch-französisches Übereinkommen.

**London, 11. Dez.** Der „Times“ zufolge werden Lloyd George und Briand vielleicht die augenblickliche Wirtschaftslage dazu benutzen können, um die Grundlagen eines neuen politischen Übereinkommens zu schaffen. Vielleicht würden Mittel zur Behebung der Mängel des Friedensvertrags von Versailles ausgenommen werden.

## Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höber.

20. (Nachdruck verboten.)

„Vorläufig werden wir diese Stiefel an uns nehmen und dem Krämer unverzüglich einen Besuch abstatten,“ entschied der Amtsrat, indem er das Paar einem der mitgekommenen Gendarmen einhändigte.

„Machen Sie doch keine Geschichten, Herr Amtsrat,“ stotterte der überraschte Schuster. „Sie denken doch nicht etwa gar, Jungniel könnte —“ Er stockte als ob er Bedenken trüge, mehr zu sagen, dann aber setzte er treuherzig hinzu: „Der Krämer war's nicht, der ist eine ehrliche Haut, was Bürgermeister?“

Jedoch der Amtsrat gab ihm keine Antwort; er hatte sich bereits abgewendet und verließ mit seinen Begleitern das Haus.

Sie hatten nur wenige Schritte weit bis zu dem Jungniel'schen Anwesen zu gehen. Es war ein niedriges Bauernhaus wie die anderen im Dorfe auch, nur daß im Erdgeschoß sich der Krämerladen befand. Auf der einen Seite stieß das Haus an ein Nachbargebäude, auf der anderen war es frei gelegen. Eine breite Einfahrt führte in den Hof und rückwärts an diesen schloß sich ein winterlich verschneiter Garten, der sich bis zum Dorfbach hinzog. Hinter diesem streckte sich, steil bergan kimmender Bergwald.

Amtsrat Martini trat mit seinen Begleitern nicht direkt ins Haus, sondern schritt die Einfahrt entlang, durchmaß den Hof und trat durch ein nur angelehntes Gatter in den Garten. In diesem lag der Schneeflecken. Der mitten zwischen den Beeten nach dem Bachufer durchführende Weg war zerstampft, wie wenn Kinder darauf gespielt hätten, man mochte aber auch geflüstert eine Spur zertreten und unkenntlich gemacht haben. Gegen den Bachlauf zu, senkte sich der Garten.

**Paris, 11. Dez.** Nach dem „Matin“ soll Lloyd George etwa gesagt haben, er habe mit Deutschland kein Moratorium abgeschlossen, und wolle auch keines abschließen. Aber in der Welt herrsche eine Lage, die beseitigt werden müsse. Nach dem „Journal“ soll Lloyd George erklärt haben, die Welt könne nicht mehr von einem Tag auf den andern leben und dürfe nicht mehr von einem nichterfüllten Zahlungstermin abhängen.

Laut „Daily Mail“ werden sich die Erörterungen zwischen Lloyd George und Briand nicht auf die Entschädigungen und den Vorschlag eines Zahlungsausschusses für Deutschland beschränken, sondern alle Punkte umfassen, in denen die französische und die britische Politik auseinandergeht. — „Daily Chronicle“ schreibt, Lloyd George habe einen großen Plan zur Schaffung normaler wirtschaftlicher Bedingungen in Europa ausgearbeitet, den er mit Briand erörtern werde.

#### Frankreich tritt dem Abkommen über das Stille Weltmeer bei.

**Washington, 11. Dez.** Der französische Vertreter Viviani empfing die Antwort Briands mit der Zustimmung Frankreichs zu dem Biermächte-Abkommen über das Stille Weltmeer.

**Rom, 11. Dez.** Durch eine Anfrage an den Minister des Aeußern will der Abgeordnete Pagliano Aufklärung schaffen über die Rolle, die die italienischen Vertreter bei den Verhandlungen spielen, denen die Deutschen Werke von Seiten der Militärkommission ausgeht sind.

#### Prozess Jagow und Genossen.

**Leipzig, 11. Dez.** Im weiteren Verlauf der Verhandlungen vor dem Reichsgericht befand General v. Seekt als Zeuge, die Handlungsweise des Generals v. Lüttich habe nicht in Uebereinstimmung mit seinen militärischen Pflichten gestanden, ohne daß eine gesetzwidrige Handlung nachzuweisen war. Die Brigade Erhardt sei kampfbereit gewesen und die Berliner Truppen hätten wohl nicht gegen sie kämpfen wollen. Militärisch sei also der Kampf gegen den Putsch aussichtslos gewesen. Nach einer Kabinetts-sitzung zum Zeugen, das Kabinett habe das Ultimatum Erhardts abgelehnt, es solle aber gegen die Marinebrigade Erhardts kein Widerstand geleistet werden. Die Regierung werde Berlin verlassen. Eine Stunde später übernahm Lüttich das Kommando. Es sei unrichtig, daß der größere Teil der Truppen hinter Lüttich gestanden habe.

Zeuge Oberpräsident Noske erklärte, er habe Haftbefehle gegen Kapp und andere ausstellen und Lüttich mitteilen lassen, daß er seines Amtes enthoben sei. Erhardt aus seinem Standquartier in Dberitz herauszuholen, war unmöglich. Er vertrete noch heute die Auffassung, daß, wenn mit Maschinengewehren vorgegangen worden wäre, der ganze Putsch verpufft wäre. — Zeuge Admiral von Trotha machte hierauf Mitteilungen über Verhandlungen, die Reichsjustizminister Schiffer gemeinschaftlich mit Parteiführern mit Lüttich geführt hat. Admiral Trotha wird nicht verurteilt.

#### Der Streit in der Schantung-Frage.

**Berlin, 10. Dez.** Nach einer Mitteilung des „Köln. Anzeigers“ wird aus Washington gemeldet: Die chinesische Abordnung auf der Washingtoner Konferenz erklärte, wenn die Besprechungen nicht mit einer bedingungslosen Rückgabe Schantungs enden würden, so werde die Abordnung die Washingtoner Konferenz verlassen.

Nach einer weiteren Meldung ist das Abkommen über das Stille Weltmeer fertiggestellt.

## Württemberg.

**Stuttgart, 11. Dez.** (Todesfall.) Im Alter von 63 Jahren starb Oberbürgermeister a. D. Heinrich v. Gauß. Er wurde als Sohn des ständischen Archivars Gauß hier geboren, studierte in Tübingen und München

Rechtswissenschaft, war Amtsrichter in Heilbronn, Landrichter in Ulm, Oberamtsrichter in Tettmang, ließ sich als Rechtsanwalt in seiner Vaterstadt nieder und trat 1894 als erster befohlener Gemeinderat in den Dienst der Stadtverwaltung. Nach dem Tod des Oberbürgermeisters v. Kämelin wurde Gauß im Mai 1899 zum Oberbürgermeister gewählt. Das Amt des Stadtvorstands bekleidete er bis zum Jahr 1912. Während seiner Amtszeit wurde Cannstatt, Untertürkheim, Wangen und Degerloch eingemeindet, Gas- und Elektrizitätswerk ausgebaut, das Rathaus erstellt u. a. 1906 und 1912 wurde Gauß als Abgeordneter der Stadt Stuttgart und Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei in den Landtag gewählt. 1912 trat er als Stadtvorstand in den Ruhestand.

**Stuttgart, 11. Dez.** (Mittelstandsnothilfe.) Das Ergebnis der Stuttgarter Sammlung zur Württ. Mittelstandsnothilfe erbrachte 1 416 000 Mk., wozu noch der Beitrag der Stadt Stuttgart von 320 000 Mk. kommt, so daß rund 1¼ Millionen Mk. zur Verfügung stehen. Im Lande ist die Sammlung erst im Gang. In Stadt und Bezirk Neutlingen erbrachte sie 242 000 Mk. Der Ertrag der Sammlung soll nur notleidenden Angehörigen des Mittelstands zugute kommen und zwar in erster Linie solchen, wegen Alters und Gebrechlichkeit aus dem Erwerbs- und Berufsleben ausgeschiedenen Personen, deren Kapitalvermögen ihnen kein angemessenes Existenzminimum gewährt. Ferner werden berücksichtigt arbeitsfähige Angehörige des Mittelstands, die durch Krankheiten oder sonstige Umstände in Schwierigkeiten geraten sind, besonders aber die Verschämten und, soweit die Mittel reichen, noch kinderreiche Familien, die in der gegenwärtigen Zeit sich nur mit Mühe und Not durchbringen.

**Stuttgart, 11. Dez.** (Apologetische Vorträge.) Die Evang. Gesamtkirchengemeinde veranstaltet diesen Winter drei apologetische Vorträge zum Zeugnis und Verteidigung ihres Glaubens über Gott, Christus und Christen Hoffnung. Den ersten hat Stiftsprediger Groß übernommen. Er wird am Dienstag, 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Festsaal der Viederhalle reden über: „Warum ich an Gott glaube.“

**Stuttgart, 11. Dez.** (Todesurteil.) Von ständiger Seite wird mitgeteilt: Der Vauernsohn Karl Gehl von Weisheim u. L. ist durch rechtskräftige Erkenntnis des Schwurgerichts Ulm vom 27. Oktober 1921 wegen hinterlistiger, mit großer Rohheit ausgeführter Ermordung der 18 Jahre alten Marie Frank von Weisheim zum Tode verurteilt worden. Der Herr Staatspräsident hat von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht. Die Vollstreckung des Todesurteils wird demnächst erfolgen.

Zur Ortsklasseneinteilung. Das Ortsklassenverzeichnis, das der Reichsrat angenommen hat, bringt für Württemberg u. a. folgende Einteilung: Ortsklasse A: Stuttgart; Ortsklasse B: Ehlingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Freudenstadt, Tübingen, Gmünd, Blaubeuren, Friedrichshafen, Ulm; Ortsklasse C: Neckarsulm, Weinsberg, Rottenburg, Rottweil, Hall, Heidenheim, Mergentheim, Schorndorf, Albersbach, Kirchheim, Ravensburg, Wangen; Ortsklasse D: Marbach, Weisheim, Ehingen, Leutkirch, Saulgau.

**Berkehr mit Milch.** Nach einer Reichsverordnung können die Milchlieferungsbeziehungen nach den bisherigen Frischmilchempfangsorten durch Anordnung der Landeszentralbehörden für ein weiteres Jahr bis zum 15. Mai 1923 gesichert werden. Dadurch soll ein preistreibender Konkurrenzkampf der Milchbedarfsgebiete um die Frischmilchbezugsquellen hintan gehalten werden.

**Verbotenes Spiel.** Wegen verbotenen Glücksspiels hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht 17 Personen, meist junge Leute, zu verantworten. Sie hatten in einem öffentlichen Lokal ganze Abende um Geld gespielt bei zum Teil erheblichen Einsätzen. 12 Angeklagte wurden zu Geldstrafen von 200 bis 1000 Mk. verurteilt.

Immer den Blick zu Boden geheset, schritt der Amtsrat langsam voran. Der Bach war zugefroren und mit einer dicken Schneekruste überzogen. Immer weiter schritt der Amtsrat. Nun hatte er den Waldsaum erreicht. Da fingte er, Unverkennbar deutliche Trittpuren wurden sichtbar. Ein flüchtiges Triumphschälchen umspielte die geschlossenen Lippen des Richters. Er hatte gefunden, was er gesucht; dieselbe Fußspur wie am Tatort offenbarte sich seinen Blicken. Die Fußspuren gingen in der Richtung nach dem Gehöft des Krämers, sie kamen vom Walde und ließen sich un schwer eine ganze Weile verfolgen.

Martini winkte den Bürgermeister zu sich heran; er wies auf die bergabwärts führenden Spuren. „Von dorther kam der Mörder. Er hat die Dorfstraße umgangen, vermutlich, um bei seiner Heimkehr nicht beachtet werden zu können.“

Als Martini mit seinen Begleitern in rascher Gangart nach dem Gehöft zurückkehrte und eben den Hofraum durchschritt, erblickte er hinter einem Fenster des Oberstodes ein bleiches, jugendliches Frauenantlitz von hoher Schönheit, das wahrscheinlich schon seit längerer Zeit sein Tun beobachtet hatte, sich nun aber bei seiner Annäherung schnell hinter die Gardine zurückzog.

Der Bürgermeister war der Richtung seines Blickes gefolgt. „Das war die Frau Jungniel's,“ erklärte er. Ein rasches Jucken ging durch das fluge Gesicht des Richters. Er sagte aber nichts, sondern trat durch den Hofeinfahrt in das Gebäude ein. Fast unter der Tür traf er mit dem Krämer zusammen, der sein Kommen schon erwartet zu haben schien. Es war dies ein stattlicher Mann mit intelligenten Gesichtszügen und dem Aeußeren eines schneidigen Forstmannes; seine Erscheinung machte einen gewinnenden Eindruck.

„Sie sind der Krämer Jungniel?“ wendete sich der Amtsrat ohne weiteres an ihn, ihn scharf dabei ins Auge fassend.

„Zu dienen, Herr Amtsrat, Sie müssen mich überhaupt kennen, denn ich habe selber schon wiederholt als Beslagter vor Ihnen gestanden.“

„Allerdings, Sie sind Ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen und einige Male verurteilt worden. Vor etwa einem Jahre habe ich Sie auch einmal in einer Strafsache verantwortlich vernommen. Sie waren der Wilddieberei beschuldigt.“

„Das stimmt. Man hat aber die Untersuchung einstellen müssen.“

„Allerdings, man hat Ihnen nichts nachweisen können.“ Des Amtsrats Blick haftete auf den derben Stiefeln, welche Jungniel trug. „Heben Sie einmal den linken Fuß auf, damit ich die Stiefelsohle sehen kann,“ gebot er.

Ueberrascht gehorchte Jungniel. Ein flüchtiger Vergleich genigte zu der Feststellung, daß er zu der Fußspur passendes Schuhwerk trug. Der an der Spur vermisste Nagel war indessen vorhanden.

„Sie sind im Besitz von Gewehren?“ sagte der Amtsrat das Verhör fort. „Nein? Sie fanden heute bei der Hausdurchsuchung keine Waffen?“ fragte er den Bürgermeister. „Sie konnten trotz sorgfamer Umschau keineswegs Waffe entdecken? ... Nun, wir werden ja sehen.“

Er sah den Krämer wieder ins Auge. „Sie haben heute früh einen größeren Betrag auf Postanweisungen eingezahlt? Woher haben Sie die Mittel hierzu genommen? Es sind doch einige Vollstreckungen gegen Sie im Gange?“

Der stattliche Mann war bleich und rot geworden. „Herr Amtsrat, mit allem schuldigen Respekt, aber was gehen Sie meine Verhältnisse an?“

„Das werden Sie bald genug herausfinden. Beantworten Sie meine Frage nach der Herkunft der Summe.“

(Fortsetzung folgt.)



**Hausführung bei Kommunisten.** Wie die „Süd. Arbeiterztg.“ mitteilt, hat die politische Polizei im Parteibüro der Kommunisten Hausführung abgehalten. Das Flugblatt, das zu den Enthaltungen Steinmähers Stellung nahm, wurde beschlagnahmt.

**Heilsbrunn, 11. Dez.** (Die Einbrecher.) Die Kriminalpolizei verhaftete die Einbrecher, die kürzlich in Heilsbrunn im Waldenheim für 20 000 M. Anzugstoffe und Aussteuerwaren gestohlen hatten. Der größte Teil der Diebesbeute ist wieder beigebracht.

**Hall, 11. Dez.** (Ausfall der Schwurgerichtssitzungen.) Der Strafsenat des Oberlandesgerichts beschloß, die Sitzungen des hiesigen Schwurgerichts im IV. Quartal ausfallen zu lassen.

**Heiltingen, 11. Dez.** (Verhaftet.) Der 25 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter H. Kemmler aus Pfalzingen, der vor einigen Wochen in Bendorf, Amt Heiltingen, 12 000 M. gestohlen hat, wurde vor seiner Abreise hier verhaftet. Das Geld hatte er bereits verbraucht.

**Schwemmingen, 11. Dez.** (Württ. Landesfestspiele.) In den Tagen vom 8. bis 13. Juli 1922 wird hier das 28. Württ. Landesfestspiele abgehalten werden.

**Heiligensimmern i. Hohenz., 11. Dez.** (Reißende Hunde.) In der Nacht auf Donnerstag brachen die großen Doggen des Gutspächters Gabriel auf Kirchberg in einen Schafstall ein, zerrissen nicht weniger als 20 der Tiere und taten sich gütlich daran.

## Baden.

**Karlsruhe, 11. Dez.** Finanzminister Köhler weilte in den letzten Tagen in Basel wegen der Ueberfiedelung der vielen hundert von deutschen Arbeitern und Beamten der Eisenbahn- und der Postverwaltung, die jetzt in schweizerisch Basel wohnen und für deren Lohn- und Gehaltszahlung das Reich jährlich mehrere hundert Millionen ausgeben muß, da die Bezahlung in Frankenwährung erfolgt. In der Nähe des Bahnhofes Leopoldstraße sollen für Post- und Eisenbahnbeamte mehrere Hundert Doppelhäuser zu je 2 Wohnungen erstellt werden. Im Reichshaushaltsplan für das Jahr 1922 werden für dies hierfür die Mittel angefordert werden. Damit dürfte der Grund zu einer Beamten-Gemeinde gelegt sein.

Ein 17jähriger Gärtnerlehrling e. hängte sich, weil ihm seine Mutter darüber Vorhaltungen gemacht hatte, daß er seinen ganzen Lohn für sich verbrauchte.

**Mannheim, 11. Dez.** Am Freitag abend entstand im Keller des Warenhauses Kander ein Brand. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark.

**Heidelberg, 11. Dez.** Die Kopfgrippe, deren Auftreten in bösartiger Form kürzlich aus der Offenburger Gegend gemeldet wurde, tritt gegenwärtig auch hier auf. Die nach hunderten zählenden Erkrankungen sind glücklicherweise leichter Natur.

**Alschweier b. Bahl, 11. Dez.** Wegen unerlaubten Handels mit Ruder ist hier ein anscheinend aus Konstanz stammender Mann namens Meier verhaftet worden. Schon während der Obdacht wohnte er hier in einem Gasthaus und trieb einen schwunghaften Handel.

**Schwamingen b. Bendorf, 11. Dez.** Durch Feuer wurden Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Karl Marber in Schutt und Asche gelegt. Der Schaden wird auf 100 000 M. geschätzt.

**Freiburg, 11. Dez.** Im Warenlager des Malermeisters Dettlinger entstand ein Brand, der auf das Gebäude der Südd. Schreibmaschinen- und Büroeinrichtungsgesellschaft übergriff und den Dachstuhl und zweiten Stock mit vielen Vorräten zerstörte. Große Warenvorräte, Farben, Lacke u. a. sind verbrannt.

**Freiburg, 11. Dez.** Die Strafkammer hat als Berufungsinstantz in einer Klagesache eines schwedischen Kaufmanns, der mit 20 dänischen Goldstücke nach Deutschland einzureisen und ohne den Besitz der Goldstücke anzugeben in Basel nach der Schweiz weiterreisen wollte, entschieden, daß die Verordnung des Bundesrats vom November 1915 so lange fortbesteht, bis sie von einer zuständigen Stelle, in diesem Fall vom Reichswirtschaftsministerium, aufgehoben wird. Die 20 dänischen Goldstücke, die der deutsche Grenzbeamte seinerzeit beschlagnahmte, werden so nach eingezogen.

**Singen a. N., 11. Dez.** Hier wurden 400 Ster Holz beschlagnahmt, die unberechtigtweise nach der Schweiz ausgeführt werden sollten. Das Holz wird an die hiesige Einwohnerschaft verkauft.

**Mühlhausen i. G., 11. Dez.** Die Leitung der Kalkgruben hat beim Mühlhäuser Landgericht den Antrag auf Auflösung des Verkaufskontors für eisäffisches Kalk gestellt, das sie für die zur Zeit in der Kalkindustrie herrschende Krise verantwortlich macht.

Für die Krisis in der lothr. Schwerindustrie spricht die Tatsache, daß von den 65 Hochöfen zur Zeit nur 25 unter Feuer sind. Immerhin ist eine kleine Besserung gegen die Sommermonate festzustellen.

**Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung.** Veranlaßt durch die immer ungünstiger werdende Gestaltung der Versorgung Süddeutschlands mit Kohlen reiste der badische Minister Kemmele in Begleitung des Leiters der badischen Landeskohlenstelle vor einigen Tagen nach Berlin, um dort die badischen Interessen zu vertreten. Seltens der zuständigen Reichsstellen wurde zugesichert, daß die für die Kohlenbewirtschaftung maßgebenden Behörden alle Anstrengungen machen werden, um einer Kohlennot Badens, wie überhaupt Süddeutschlands zu steuern; immerhin werden außerordentliche Schwierigkeiten bevorstehen.

## Bermischtes.

Ein Beitrag zur Kartoffelnot. Die feindliche Wiederherstellungskommission hat neuerdings von Deutschland auch die Lieferung von 100 000 Zentnern Kartoffeln

verlangt, da man sich in Frankreich und Belgien ja nun einmal daran gewöhnt hat, auf Kosten Deutschlands zu leben. Die 100 000 Zentner wurden im November auch prompt geliefert, auf dem Transport sind aber 32 500 Zentner erfroren, wofür wohl „Ersatz“ zu leisten sein wird.

Ein wertvoller Fund machte der Pfarrer in Kindeheim (Reinthal). Er fand unter alten Schriften ein Buch aus dem Jahr 1380, das von einem Mönch aus dem Kloster Limburg bei Bad Dürkheim geschrieben ist. Das Buch ist etwa 2 Zentimeter dick, in zwei sehr starke Deckel aus Buchenholz gebunden und mit Messing reich verziert. Die Schrift ist noch tleschwarz und auf feinstem Pergament geschrieben. Der Fund ist sehr wertvoll nach Form und Inhalt.

**Wassermangel.** In verschiedenen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ist infolge der Trockenheit empfindlicher Wassermangel eingetreten. Den oberen Stockwerken der Häuser und höher gelegenen Stadtteilen kann wegen des schwachen Drucks kein Wasser zugeführt werden. Die Badeanstalten sind geschlossen; das Baden im Hause ist verboten.

**Einbrecherbanden.** In Mainz wurde eine mit Revolvern und Dolchen bewaffnete Bande von Einbrechern verhaftet, als sie eben nachts ein großes Warenlager ausräumen wollte. Sämtliche Verhaftete sind Führer der kommunistischen Partei, darunter der Führer der Mainzer Arbeitslosenbewegung Spiekerberger. Bei den Hausdurchsuchungen wurden große Mengen modernster Diebeswerkzeuge gefunden.

In Pphofen (Mittelranken) wurden Einbrecher überrascht. Bei der Verfolgung wurde der Bauer Guggenberger von einem der Verbrecher erschossen. Der eine Einbrecher wurde durch zwei Revolverkugeln, der andere durch furchtbare Schläge schwer verletzt. Die Verbrecher sind der Seiler Walter Korn aus Sachsen und der Handelsmann Albert Schiele aus Hannover.

Ein Dieb drang in ein Schmiedehaus in München ein und erbeutete Silber- und Goldwaren, meist Lehrmittel, im Wert von 47 000 Mark.

In Aschaffenburg wurden der verh. Maschinenhausgehilfe Kaupp und der led. Franz Rath wegen Kirchenraubs festgenommen. Bei Kaupp fand man die Trümmer einer Monstranz vor, die vor vier Wochen in Damm aus dem Tabernakel der Pfarrkirche gestohlen worden war.

Bei einem Einbruch in ein Frankfurter Seidengeschäft wurden Seidenstoffe und Pelze im Gesamtwert von 150 000 Mark gestohlen.

**Straßenraub.** Der Kassierer und zwei Angestellte der Glasfabrik Siemens, die auf der Bank 200 000 Mark Lohngehälter abgehoben hatten, wurden in Freital bei Dresden von fünf Radfahrern überfallen, die ihnen Pfeffer in die Augen streuten und mit den entrienen Geldstücken verschwanden.

**Vermißt.** In Ettlingen (Pfor.) fehlen seit zwei Wochen ein 21- und ein 13jähriges Mädchen, die zur Beförderung von Einläufen sich nach Saarbrücken begeben.

Ein starkes Erdbeben hat neuerdings Japan heimgesucht. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sind viele Menschen verletzt und zahlreiche Häuser beschädigt worden.

**ep. Kampf gegen den Religionsunterricht in Thüringen.** In Thüringen wird von der sozialistischen Landesregierung der begonnene Kulturkampf rücksichtslos fortgesetzt. Nicht nur, daß nach dem Informationsfest und dem Landesbistag nun auch der zweite Weihnachtstag in Abgang dekretiert wird; soeben hat Staatsminister Greil durch einen Erlaß auch noch den Religionsunterricht in den vier ersten Schuljahren abgeschafft; er soll durch einen lebenskundlichen Unterricht ersetzt werden. Auch die Einübung von Kirchenliedern ist für die ersten Schuljahre untersagt. Dieser Erlaß, dessen Veröffentlichung in den Zeitungen übrigens ausdrücklich verboten wurde, verstößt ebenso wie die Abschaffung staatlich anerkannter Feiertage unmittelbar gegen die Reichsverfassung. Es ist klar, daß diese Verfügungen im Reichstag zur Sprache gebracht werden.

**Auf halbem Wege, Roman von Herbert Eulenber.** In Halbleinen gebunden M. 30.—, in Halbleber gebunden M. 60.—, (Verlag J. Engelhorn's Nachf. in Stuttgart.) Ein Roman Eulenbergs ist schon an sich ein Ereignis — vollends ein Werk wie dieses, in dem sich der Dichter mit den tiefsten Fragen der Weltanschauung und unserer Zeit auseinandersetzt, wird nicht so rasch vom Büchermarkt verschwinden. Eigenwillig wie reiz, unabhängig von Schlagworten und Vorurteilen geht Eulenber seinen Weg, stets geistvoll und anregend. In überaus eindringlichen Augenblicksbildern zieht dieser mit der ganzen Kunst bichterlich belebter Sprache erzählte Roman an uns vorüber, ein ergreifender Zeitspiegel unserer tastenden, zwischen zwei Welten schwebenden Epoche.

**Scheinwerfer.** Roman aus dem Berliner Revolutionswinter von Sophie Höchstetter. In Halbleinen gebunden M. 26.—, (Verlag J. Engelhorn's Nachf., Stuttgart.) Dieser Roman darf zu den besten Büchern der ausgezeichneten Verfasserin gerechnet werden; sie hat es mit außerordentlicher Kunst verstanden, die Zustände und Stimmung während des Berliner Revolutionswinters festzuhalten, und so recht eigentlich ein Zeitdokument geschaffen, das die reine Unterhaltungslehre weit übertrifft. Dabei ist dies beileide kein politischer Roman; die politischen Zustände bilden nur den wirkungsvollen Hintergrund, vor dem sich die packend erzählte Fabel abspielt. Sophie Höchstetter wächst immer mehr in erste Künstlerin hinein und hier ist endlich mal wieder jemand, der sich nicht schämt, eine spannende Handlung zu erfinden, und dazu imstande ist.

## Lokales.

— Eisenbahnfrage. Die Schnellzüge D 32 und 33 Stuttgart—Berlin sollen im nächsten Fahrplan beschleunigt werden und zwar D 33 künftig Stuttgart ab 9.49 Uhr vorm., Berlin an 10.35 Uhr nachm., D 32 Berlin ab 7.45 Uhr vorm., Stuttgart an 9.18 Uhr nachm. Die Nachtschnellzüge werden voraussichtlich im Sommer folgenden Fahrplan erhalten: D 37 Stuttgart ab 8.17 nachm., Berlin an 9.11 vorm., D 38 Berlin ab 6.05 nachm., Stuttgart an 7.42 Uhr vorm. Der D. Zug 37 wird im Sommer noch einen Anschluß von der Westschweiz und von Mailand erhalten; Abgang in Zürich künftig 1.45 Uhr nachm.

Die Einstellung durchlaufender Wagen in den Eilzügen Freiburg—Tuttlingen—Ulm—München hat sich aus verkehrstechnischen Gründen nicht ermöglichen lassen.

— **Unterstützung der notleidenden Rentner.** Nach Blättermeldungen ist ein Gesetzentwurf fertiggestellt, der vom Reichstag zur Unterstützung der notleidenden Invalidenrentner und der Rentner aus der Angestelltenversicherung für das Rechnungsjahr 1921 eine Milliarde Mark anfordert. Für die notleidenden Invalidenrentner, deren Zahl auf etwa 250 000 geschätzt wird, soll von Reichswegen ein Zuschuß von 100 Millionen Mark zu den von den Ländern und Gemeinden zu gewährenden Beiträgen gegeben werden. Bei der Verteilung der Unterstützungen, die in Teilbeträgen ausbezahlt werden, wird insbesondere das Alter und der Grund der Arbeitsunfähigkeit berücksichtigt werden.

— **ep. Brauen wir 1922 eine Fastnacht?** Regierungen deutscher Länder erwägen, wie die Blätter mitteilen, zur Zeit, ob im neuen Jahr die Fastnacht freigegeben oder verboten werden solle. Wir meinen, daß es hier kaum etwas zu erwägen gibt. Will unser Volk wirklich der Außenwelt die Meinung von deutlichem Uebelstand vorzulegen, sich um jeden Preis den Ernst seiner Lage verborgen und die Verhinderung der unglücklichen Notleidenden bei uns durch den Anblick der Massenelmschere ins Maßlose steigern? Es würde dann freilich ein teurer Nummernschmerz werden, bezahlt mit verschärftem T und unserer Glaubwürdigkeit, Enttäuschung unserer ausländischen Wohltäter, mit Verlust an deutschem Ansehen und innerem Frieden und mit Verlotterung des öffentlichen Gewissens.

— **Die neuen Postgebühren** sind nach dem Regierungsentwurf vom Reichsrat genehmigt worden. Die Telegrammgebühr steigt für das Wort von 10 auf 15 Pf., und für das Telegramm-mündel von 3 auf 4 Pf. Für die Fernspreckgebühren sollen die jetzigen Gebührensätze um 80 Prozent erhöht werden. Die Gebührenerhöhungen treten mit dem 1. Januar 1922 in Kraft, abgesehen von der Zeitungsgebühr, für die der 1. April 1922 vorgesehen ist. Die Fernsprecknehmer sind berechtigt, den Anschluß bis zum 25. Dezember 1921 auf den 31. Dezember ds. J. zu kündigen.

— **40 000 Mark Verfürderungsgrenze.** Nach dem Beschluß des Reichsausschusses für soziale Angelegenheiten wurde die Verfürderungspflicht für Anestellte und Arbeiter bei Krankenkassen nach einem Kernumsatzantrag bei Jahreseinkommen bis zu 40 000 Mark festgesetzt. Der Regierungsentwurf hatte eine Höchstgrenze von 30 000 Mark vorgesehen. Der sozialdemokratische Antrag von 50 000 Mark wurde abgelehnt.

Der Zollsatz für ausländischen Tabak wurde von 130 auf 60 Mark für den Doppelzentner herabgesetzt.

— **Zur Anzeigensteuer.** Der Reichsausschuss für Steuerfragen hat folgenden Antrag angenommen: Die Anzeigenvermittler (Annoncen-Expeditoren) sind befugt, der Berechnung der Umlagesteuer lediglich die Vermittlungsgebühr zu Grunde zu legen, die sie als Entgelt für zugewiesene Anzeigeneinrichtungen erhalten, selbst wenn sie hierbei im eigenen Namen und für eigene Rechnung tätig gewesen sind.

— **Für die Getreideablieferung.** Die württ. Landwirtschaftskammer teilt mit: Die Ablieferung des Umlagegetreides in Württemberg ist im allgemeinen eine gute. Nach uns gewordenen Mitteilungen sollen sich jedoch noch einzelne Landwirte und zum Teil auch Bezirke mit der Ablieferung im Rückstand befinden. Mit Rücksicht darauf, daß in dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide eine Entlastung des Umlagezolls vorgesehen ist, und ferner im Hinblick darauf, daß bei der immer weiter fortschreitenden Teuerung der Allgemeinheit mit dem Ersatz des Umlagezolls in Geld nicht gedient ist, wird den Landwirten, die sich mit der Ablieferung des Getreides noch im Rückstand befinden, nahe gelegt, ihre Lieferungsoll baldmöglichst zu erfüllen.

— **Weitere Postgebührenerhöhung.** Ueber die am 8. Dezember vom Reichsrat beschlossene Postgebührenerhöhung hinausgehend, hat die Reichsregierung nach Mitteilung der „Post. Ztg.“ den Regierungen der einzelnen Länder eine neue Post- und Umlage unterbreitet, die wesentlich höhere Tarifsätze vorsieht. Diese soll an Stelle der vor wenigen Tagen beschlossenen vom 1. Januar ab Geltung haben. Die Postkarte soll darnach im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1.25 M. kosten, die Gebühr für den Brief im Ortsverkehr soll 1.25 M., die Gebühr im Fernverkehr 2 M. betragen. Telegrammgebühren: für das Wort eine Mark und Mindestgebühr von 10 M. für ein Telegramm. Die Fernspreckgebühren sollen auf 100 Proz. statt 80 Proz. gegenüber dem Gebührentarif vom 1. Oktober erhöht werden. Diese neuen Gebührensätze betragen durchschnittlich das Zwanzigfache vor dem Krieg. — Wie das Blatt weiter mitteilt, sollen auf dieser Grundlage auch die Eisenbahntarife ausgebaut werden. Der Fahrkilometer, der vor dem Krieg in der 3. Kl. 3, in der 2. Kl. 4 und in der 1. Kl. 7 Pfg. gekostet hat, wird nach dem neuen Tarif 60 Pfg., bzw. 90 Pfg., bzw. 1.40 M. kosten. Wie das Blatt weiter bemerkt, glaubt man durch die neuen Gebührensätze erreichen zu können, daß die Staatsbetriebe keine Reichszuschüsse mehr erhalten (?).



Wildbad, den 12. Dezbr. 1921.

Vom Fußball. Der gestrige Sonntag brachte bei trübem, nassem Wetter das letzte Spiel der Verbandsrunde. Wildbad—Engelsbrand standen einander als ziemlich ebenbürtige Gegner gegenüber. Bei Spielbeginn setzt Wildbad mit einem starken Tempo ein, Engelsbrand aber auch nicht minder. Die erste halbe Stunde brachte ein wunderschönes Spiel. Nachdem Wildbad durch einen Elfmeter die Führung in die Hand bekommt, wird Engelsbrand etwas ausfällig, konnte jedoch den Sieg nicht erringen trotz aller Machinationen. So endete, nachdem von Wildbads Halblinken noch 2 schöne Tore getreten wurden, das Spiel mit einem überraschenden Sieg für Wildbad mit 3:1. Wildbads 2. Mannschaft verlor 0:2 und hat somit um einen Punkt die Anwartschaft auf den Bezirksmeister durch Untreten mit Ersatz etwas gleichgültig verscherzt.

Mit Genehmigung des Bezirksrats hat die Oberamtsparlatte Neuenbürg eine selbständige Zweigstelle in Wildbad errichtet, welche sich trotz ihres kurzen Bestehens bereits eines sehr regen Verkehrs erfreuen darf. Die Einrichtung ist in erster Linie getroffen worden, um den Einwohnern von Wildbad und Umgebung eine möglichst bequeme Gelegenheit zur sicheren, zinstragenden Anlage ihrer Ersparnisse zu schaffen und um den hauptsächlich für die Geschäftswelt wichtigen Giro- und Scheckverkehr rasch abwickeln zu können. Die Zweigstelle übernimmt auch die Verwahrung, Verwaltung, An- und Verkauf von Wertpapieren und Vermittlung von Börsenaufträgen, die Einlösung von Zins- und Dividendscheinen, sowie das Umwechseln fremder Geldsorten usw. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Errichtung der Zweigstelle Wildbad liegt andererseits darin, daß die im Bezirk vorhandenen verfügbaren Gelder nach Möglichkeit von der Oberamtsparlatte, einer gemeinnützigen Einrichtung des Bezirks, erfasst werden, um sie im Bedarfsfälle in erster Linie wieder an Bezirksangehörige zu niederem Zinsfuß besonders auch für den so dringenden Wohnungsbau zur Verfügung stellen zu können. — Der Bezirksrat und die Oberamtsparlatte geben sich daher der Hoffnung hin, daß die im Interesse des Bezirks, ganz besonders aber der Einwohnerschaft Wildbads und Umgebung, geschaffene Einrichtung von der Bevölkerung fleißig in Anspruch genommen wird.

Handel und Verkehr.

Der Dollar hatte am Samstag einen Kurs von 188.50 Mark.

Nach dem deutsch-portugiesischen Abkommen wird Deutschland für die Dauer von 1 Jahr 40 000 Hektoliter Portwein und 10 000 Hektoliter Madeirawein einführen. Für die folgenden Jahre wird die portugiesische Ausfuhr nach Deutschland 30 000 Hektoliter umfassen, die im gleichen Verhältnis verteilt werden. Deutschland erhält die Meistbegünstigung, d. h. einen Minimaltarif.

Bankrott. Der Allgemeine Bankverein A. G. in Düsseldorf hat beim Amtsgericht die Anordnung der Geschäftsaufsicht beantragt. Die hohen Verluste der Bank sind auf missglückte Devisenspekulationen eintrüger Angelegten zurückzuführen.

Der Preis für ausländischen Weizen auf Grund des Weltmarktpreises im Monat November, der der Errechnung des Gelderfahes bei nicht rechtzeitiger Erfüllung der Getreideumlage zu Grunde zu legen ist, wird seitens der Reichsgetreidestelle auf 12 000 Mk. für 1000 Kilogramm festgesetzt.

Erhöhung der Zuderpreise. Nach Aufhebung der Zuder-Zwangswirtschaft haben wir bekanntlich eine Uebergangswirtschaft in der Form der „Zuderwirtschaftsstelle“ des Vereins der deutschen Zuderindustrie erhalten. Diese Stelle hat die Aufgabe, durch Bindung der Zuderpreise für den Großhandel den Verbraucher zu schützen. Der Handel selbst ist freigelassen und eine Verteilung besteht heute nicht mehr. Die Preise des Zuders bewegen sich weit unter den Weltmarktpreisen. Bei der heutigen Valuta würden sich Preise von 1100 bis 1200 Mk. ergeben, wenn nicht durch die Zuderwirtschaftsstelle die Inlandspreise geregelt würden. Ende September wurde den Verbrauchszuderfabriken ein Zuderpreis von 350—357 Mk. für den Zentner

gewöhnlichen gemahlten Zuders, je nach ihrer Frachtlage, vorgeschrieben. Nach Ansicht des Reichswirtschaftsrats würde bei diesen Preisen ein Kleinhandelspreis von etwa 5 Mk. für das Pfd. angemessen sein. Inzwischen haben nun die wirtschaftlichen Verhältnisse sich ganz außerordentlich verändert, so daß die Zuderwirtschaftsstelle zu einer Erhöhung der Preise sich veranlaßt sieht. Der neue Preis wird 500 Mk. für den Ztr. ab Fabrik an Großabnehmer betragen. In diesem Jahr ist der Zuderertrag um über 22 Prozent vermehrt worden, wodurch ein Ertrag von etwa 26 Millionen Zentner Rohzuder (gegenüber 22 Millionen im Vorjahr) ermöglicht wurden. Infolge der Trockenheit sind die Erwartungen auf eine noch reichere Zuderernte leider vernichtet worden. Immerhin ist die Zuderzeugung so groß, daß eigentlich ein Zudermangel nicht eintreten dürfte, wenn nicht infolge des Kohlen- und Wagenmangels und der ungünstigen Wasserhältnisse die diesjährigen Verkehrsverhältnisse sich geradezu katastrophal gestaltet hätten. Die Zuderwirtschaftsstelle hat für Lieferung Oktober-Dezember nahezu ein Drittel der gesamten Zuderzeugung freigegeben, trotz schwerer Bedenken. Von den freigegebenen Mengen waren bis Ende November 98 Prozent verkauft, aber nur 38 Prozent den Abnehmern geliefert. Trotzdem wird nun, um dem Zudermangel abzuwehren, für die Monate Oktober bis Februar eine Menge von 47,7 Prozent der voraussichtlichen Erzeugung freigegeben. Es bleibt sonach für die restlichen 7 Monate mit ihrem sehr starken sommerlichen Zuderverbrauch zu Einmachzwecken nur etwa die Hälfte der restlichen Erzeugung. Voraussetzung für die Behebung des Zudermangels ist die Bestellung von Eisenbahnwagen und die Hoffnung, daß nach Möglichkeit auch noch die Wasserstraßen für den Zudertransport benutzt werden können.

Weitere Preiserhöhungen. Die Vereinigung deutscher Eisenfabrikanten in Düsseldorf hat abermals eine außerordentliche Erhöhung der Preise vorgenommen: Im August betrug der Listenzuschlag 510 Proz., im September-Oktober 575 Proz., im November wurde er auf 810 festgesetzt und ab 1. Dezember auf 1500 Proz. — Der Verband Schächlicher Tafelglashütten beschloß eine neue Preiserhöhung um 30 Prozent.

Der deutsche Außenhandel im Oktober. Nach den vorläufigen Feststellungen betrug im Oktober 1921: Die Einfuhr 30 Millionen Doppelztr. im Wert von 13,9 Milliarden Mk. gegen 25,3 Mill. Doppelztr. im Wert von 10,7 Milliarden Mk. im September; die Ausfuhr 19,7 Mill. Doppelztr. im Wert von 9,7 Milliarden Mk. gegen 18,7 Doppelztr. im Wert von 7,5 Milliarden Mk. im September. Der Einfuhrüberschuss zeigt sonach im Oktober eine weitere Zunahme auf 4,2 Milliarden Mk. gegen 3,2 Milliarden Mk. im September. Dem Wert nach entfällt der weitaus größte Teil der Einfuhr auf Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse, sowie auf Nahrungs- und Genussmittel, nämlich 9,8 Milliarden Mk. im Oktober gegen 7,1 Milliarden Mk. im September.

Das Zeitungsgewerbe in Oesterreich. Die österreichischen Papierindustriellen planen eine neue Preiserhöhung und zwar für alle Papierarten um etwa 800 Prozent. Sie fordern nunmehr pro Kg. für holzfreies Papier 560 Kronen (September 75—90), für mittelfeines Papier 450 Kronen (65), für f. Stoff 400 Kronen (55), für Notationspapier (für Zeitungen) 330 Kronen (24—34). Der Wiener „Morgen“ verweist darauf, daß nach einer solchen Preiserhöhung ein Exemplar einer Wiener Zeitung im üblichen Wochentagsumfang allein an Papier 50 oder mehr Kronen kostet. Jetzt schon beträgt der monatliche Bezugspreis für die größeren, zweimal täglich erscheinenden Zeitungen 700 Kronen, das Morgenblatt an Wochentagen 24 Kronen.

Stuttgart, 8. Dez. Die Kettenmeyer-Divo li A. G.-Brauerei, die sich erst vor einem Jahr zusammengeschlossen hat, verteilt für das Geschäftsjahr 1920/21 aus 1 127 000 Mk. Reingewinn (Vorjahr: 466 000 Mk.) 10 Prozent (6 Proz.) Dividende und 10 Prozent Sondervergütung.

Stuttgart, 8. Dez. Bei der Auktion der württ. Gäutezentrale am Mittwoch wurden 12 874 Großviehhäute, 2076 Hammelfelle und 14 864 Kalbfelle versteigert. Der Verkauf war schließend. Gegenüber der letzten Versteigerung trat ein Abschlag von 15 Prozent bei Häuten und von 20 Prozent bei Kalbfellen ein. Ochsenhäute kosteten bis 29 Pfd. 20—23,4 Mk., Minderhäute 23,15—24,65 Mk., größere Stücke weniger, Kuhhäute 30—49 Pfd. 22—24,95 Mk., Fahrenhäute 21,20 bis 24,45 Mk. Ausschuhhäute 16 Mk., Kalbfelle 50 bis 59 Pfd. 50 Mk., Fresserfelle 29—40 Mk., Hammelfelle gefalzen 9,20 Mk., trocken 14,20 Mk. — Nächste Börse: 18. Januar.

Stuttgart, 8. Dez. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 176 Ochsen, 21 Bullen, 200 Jungbullen, 100 Jungrinder, 303 Kühe, 602 Kälber und 885 Schweine. Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 760—850, zweite 590 bis 720, Bullen erste 790—830, zweite 600—720, Jungbullen erste 810—920, zweite 680—780, dritte 560 bis 650, Kühe erste 600—720, zweite 430—530, dritte 300 bis 400, Kälber erste 1000—1070, zweite 900—960, dritte 750—870, Schweine erste 1520—1640, zweite 1350—1500, dritte 1100—1300 Mk. Verkauf des Marktes: Schweine langsam, Großvieh und Kälber mäßig.

Der Dollar ist heute wieder auf 186 Mark gesunken. An der Berliner Börse wurde das Gerücht von einem dreijährigen Zahlungsausschub viel besprochen.

Refordpreise bei einer Holzversteigerung. Trotz des Balutarückgangs wurden bei einer Holzversteigerung in der Oberförsterei Bennedenstein im Harz Refordpreise erzielt. Die Forsttage lautete auf 1,2 Mill. Mk. erzielt wurden aber 3,2 Millionen Mark!



Zur Bekämpfung der Feldmäuse. Allgemein wird wieder stark über das Auftreten der Feldmäuse geklagt, wie das in Zeiten der Dürre meist der Fall ist. Eine einzige Mause ist imstande, im Laufe eines Jahres 3 Pfund Getreide oder gleichwertiges Futter zu verzehren, es ist daher dringend notwendig, bei massenhaftem Auftreten die Mauseplage energisch zu bekämpfen. Der einzelne ist freilich machtlos und daher müssen die Gemeindevorstände in der Bekämpfung die erforderlichen Schritte tun, nötigenfalls kann auch die zwangswise Vertilgung durch Polizeiverordnung durchgeführt werden. Der Herbst ist die gegebene Jahreszeit, wo am erfolgreichsten gegen diese Schädiger der landwirtschaftlichen Erträge vorgegangen werden kann. Die chemischen Giftpräparate sind jetzt sehr teuer, das Fallenlegen macht viel Arbeit und die Arbeitslöhne sind sehr hoch. Ich halte daher unter allen Vertilgungsarten die durch den Böfferschen Mausepypusbazillus als die erfolgreichste und billigste. Bekanntlich wird künstlich durch Reinkulturen des Mausepypusbazillus diese Seuche unter den Feldmäusen hervorgerufen und die Tiere sterben dann massenhaft. Das Verfahren ist sehr einfach. Brotkrumen werden im Wasser eingeweicht, nachdem man die Reinkulturen, die in Röhrchen sich befinden, in diese Flüssigkeit geschüttet hat. Diese Brotkrumen legt man recht tief in die Mausefelder, damit sie die Krumen nicht finden. Der Erfolg bleibt nicht aus. Dieser Typhus ist auf Menschen und Haustiere nicht übertragbar; daher diese Methode ganz gefahrlos, was ja bei chemischen Giftpräparaten nicht der Fall ist. Das Vegen von Giftzweigen und Haser wird recht oft unserm Gesäugel auf den Feldern gefährlich. Frische, auf Wirksamkeit geprüfte Kulturen können von dem Bakteriologischen Institut in Halle, Saale, Freimfelderstraße 68 unter dem patentamtlich geschützten Namen „Original Dr. Böffers Mausepypusbazillen Typhus“ in Röhrchen zu 15 ccm, 50 ccm und Literabfüllungen nebst genauer Anleitung bezogen werden.

Sizung des Gemeinderats

am Dienstag, den 13. Dezember 1921, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

- 1) Veräußerung des früheren Gasth. z. badischen Hof, der Villa Erika und des früheren Gasth. z. Palmengarten,
2) Neuwahl eines Brotschauers,
3) Beitrag zur Mittelstandshilfe,
4) Verschiedenes.

Bekanntmachung.

Morgen Dienstag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre leere Mehlsäcke im Städt. Mehllokal abzugeben. Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

Berein ehemaliger Soldaten und Kriegsteilnehmer.

Zu der am Sonntag, den 18. Dezember 1921 stattfindenden

Weihnachtsunterhaltung der Handelsschule Kirchheim—Wildbad

ist Einladung an unseren Verein ergangen. Da das Reinertragnis der Veranstaltung bedürftigen Kriegserwitwen und Waisen zu Gute kommt, wird um zahlreichen Besuch der Kameraden mit Familien-Angehörigen gebeten. Der Vorstand.

Meine allerfeinste butterähnliche Tafel-Margarine die einen willkommenen Ersatz für Molkereibutter darstellt, vers. in Postpak. v. 9 Pfd. 29.- Probe führt frei ins Haus. Nach 1 Pfd. zu M. 29.- zu dr. Bezg. J. Bilger, Oberschwäb. Centr.-Molk., Biberach a. R.

Pfannkuch & Co. Eingetroffen: Stopfmais (La Plata) Pfannkuch & Co. G. m. b. H. in den Bäckereizellen Verkaufsstellen

Ziehharmonikas werden noch vor Weihnachten um das Doppelte teurer Wir verkaufen aber noch einen Posten zweireihiger Wiener mit la. Stahlstimmen zum halben Preis wegen großer Räumung. Vorhergehender Preis Mk. 500, jetzt Mk. 250. Auch einige Mandolinen und Guitarren sind sehr billig noch zu verkaufen bei Gebr. Hohnloser, Pforzheim Bergstr. 27. Gebrauchte von 50 Mk. an. Alle Reparaturen innerhalb einem Tag.

Forstamt Meistern. Reifig-Verkauf. Am Freitag, den 16. Dez. 1921, nachmittags 2 Uhr, im Enzshof aus Staatswald Meistern aus Abt. 1, 14, 15, 16, 17, 19 etwa 100 buchene und 1100 Nadelholz-Bellen, ungebunden. Ein Paar Läuferfischweine hat zu verkaufen. Wer? sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle. Diejenige Person, welche mir vom Samstag auf Sonntag mein Bajschübel entwendet hat, ist erkannt, und soll daselbe wied. zurückgeben, andernfalls Anzeige erfolgt. Karl Schneider, Reimbachstr.

15—20 Zentner Heu sucht zu kaufen. Karl Bogenhardt, Straubenberg.

Ratten! Mäuse! tötet unfehlbar „Aderlon“. Zu haben bei Gebr. Schmitz, Med.-Drog.

Hirsch- und Rehragout, sowie Rehbügel sind zu haben bei Adolf Blumenthal. Bestellungen für Weihnachtsgänse nimmt entgegen der Obige. Bei Husten, Heiserkeit, Verkleimung trinkt Hama Kräuter-Tee. Zu haben in der Stadtapotheke.